

ARCHIV

Archivsuche > 2008 > Suchergebnis

Mittwoch, 27. Februar 2008 | Stadt St.Gallen

Drucken | Versenden | Kommentieren | Leserbrief

Jeder ein Schweizermacher?

Podiumsdiskussion an der Kantonsschule am Burggraben

Soll das Volk künftig an der Urne über Einbürgerungen entscheiden? Namhafte Politiker diskutierten darüber mit Kantonsschülern.

KATJA FISCHER

«Das Stimmvolk soll selbst entscheiden, welche Ausländer es in seiner Gemeinschaft aufnimmt und welche es draussen lässt», erklärt Lukas Reimann die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerung». Nicht, dass seine Zuhörer in der Kantonsschule am Burggraben gestern Nachmittag eine solche Erklärung nötig hätten. Die Schüler des Ergänzungsfachs Politik haben die Podiumsdiskussion zur Initiative selbst organisiert und prominente Gäste eingeladen. Neben SVP-Nationalrat Reimann lieferten sich die beiden Nationalrätinnen Lucrezia Meier-Schatz (CVP) und Hildegard Fässler (SP) sowie SD-Kantonsratskandidat Roland Uhler einen Schlagabtausch.



Hildegard Fässler, Lucrezia Meier-Schatz, Lukas Reimann und Roland Uhler (von links) diskutierten unter der Leitung von Isabel Prinzing.

Willkür ausgeliefert

Die Fronten waren von Anfang klar: Meier-Schatz und Fässler sowie die Mehrheit der Kantonschüler gegen Reimann und Uhler, und gegen die Einbürgerung an der Urne. «Die Initiative ist mit den europäischen Menschenrechtskonventionen unvereinbar, da sie die Rekursmöglichkeit gegen einen negativen Einbürgerungsentscheid abschafft», sagte Lucrezia Meier-Schatz. Gegen eine willkürliche Ablehnung wären Ausländer künftig machtlos. Hildegard Fässler betonte, dass jeder Ausländer, der den Kriterien des Bundes genüge, die gleichen Chancen auf eine Einbürgerung erhalten müsse. «Nur die Kriterien und nicht irgendwelche Bauchgefühle oder ein -ic im Namen dürfen ausschlaggebend sein – alles andere ist Rassismus», sagte Fässler.

Demokratisches Recht

Es sei falsch, dass zurzeit irgendwelche Amtsträger diese Entscheidung treffen, hielt Roland Uhler von der SD dagegen. «Nur ein Volksentscheid ist wirklich demokratisch.» Die Vorurteile gegenüber gewissen Nationen kämen nicht von ungefähr. Damit waren viele Kantonsschüler nicht einverstanden. Dass seien vorgefertigte Clischés, die von Rechten Kreisen geschürt würden, sagte ein Mädchen. Ein Junge wollte von Lukas Reimann wissen, wie er an der Urne entscheiden soll, ob eine Person, die er selbst nicht kenne eingebürgert werden darf. «Einbürgerungswillige müssten sich halt um ihre Reputation bemühen und eine Art Wahlkampf führen», entgegnete Reimann.

Einbürgerung an der Urne

2003 hat das Bundesgericht entschieden, dass Einbürgerung an der Urne oder an Gemeindeversammlungen illegal sind und darum verboten. Der SVP passt dies nicht. Sie lancierte eine Initiative, die es den Stimmberechtigten überlassen will, ob ein Organ der Gemeinde oder das Volk das Bürgerrecht erteilt. Zudem soll die Rekursmöglichkeit abgeschafft werden. Am 1. Juni wird darüber abgestimmt. (kaf)